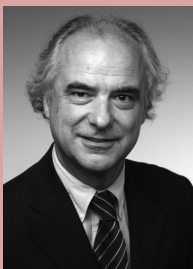


# Informationen

## Editorial

Man sollte meinen, Europa hätte andere Sorgen. Doch die Europäische Kommission werkelt weiter an ihrer Binnenmarktstrategie für Waren und Dienstleistungen. Zum Leidwesen der Freiberufler geht sie dabei von der Prämisse aus, dass Deregulierung bei freiberuflichen, unternehmensnahen Dienstleistungen Wachstum schafft. Belegt wird das nicht. Aber es drängt sich der Verdacht auf, dass dieses Wachstum durch Preisdumping entstehen könnte. Nicht einmal das ist indes wissenschaftlich oder statistisch fundiert. Meist sind es schlichtweg Hypothesen, die das gewünschte Ergebnis statuieren. Nun hat die EU-Kommission erneut eine Konsultation zur »Regulierung von Berufen« gestartet, bei der nationale Aktionspläne der Mitgliedsstaaten und die »Verhältnismäßigkeit bei der Regulierung« abgefragt werden. Bereits im Vorspann der Befragung wird deutlich, dass die EU-Kommission in berufsständischen Regeln eine Gefahr für den Binnenmarkt sieht, nämlich das »Risiko negativer Folgen für Wirtschaft und Verbraucher«. Auch dies bleibt eine unbewiesene Hypothese. Es erstaunt immer wieder, wie viel Voreingenommenheit hier zum Maßstab wird. Übrigens: Die These, Deregulierung führe zu besseren Marktergebnissen und zu optimierten Beschäftigungszahlen, konnten die Professoren Martin Henssler und Achim Wambach von der Uni Köln in ihrer Studie zur Lage der Freien Berufe nicht bestätigen. Aber das ficht die Beamten der EU-Kommission auch nicht an. ●



Vizepräsident des  
Verbandes Freier  
Berufe in Bayern,  
Michael Schwarz

## Verbände und Parlamente kämpfen für bewährte Standards der Freiberuflichkeit

# Phalanx für den Erhalt freiberuflicher Strukturen

**In Deutschland und Bayern hat sich eine breite Front gegen die Angriffe der Europäischen Kommission auf die Freiberuflichkeit und gegen die EU-Deregulierungspläne zusammengetan. Die EU-Binnenmarktstrategie stößt auf vielfache Kritik der freiberuflichen Verbände und parteiübergreifend auch der Parlamente in Deutschland, die sich in Beschlüssen und Resolutionen gegen die EU-Pläne wehren. Auch Studien zur Freiberuflichkeit widerlegen die Strategie der Kommission, die nationale Berufszugangs- und Berufsausübungsregelungen der Freien Berufe als Wachstumshemmnisse und als unnötige regulatorische Hürden für die grenzüberschreitende Dienstleistungserbringung einordnet.**

So hat nicht nur das Europäische Parlament in den vergangenen Jahren mehrfach ausdrücklich bekräftigt, dass die Freien Berufe Ausdruck einer auf dem Gesetz beruhenden demokratischen Grundordnung sind und ein wesentliches Element der europäischen Gesellschaften darstellen. Auch die Fraktionen der großen Koalition im Bundestag haben einen Antrag vorbereitet, in dem sie formulieren, dass »Berufsregeln und Honorarordnungen für Freie Berufe und Handwerk weiterhin möglich bleiben müssen«. Vorschläge der Kommission zu den reglementierten Berufen dürften die Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten in diesem Bereich nicht in Frage stellen. Die legitimen Schutzzwecke, insbesondere der Verbraucherschutz und die Qualitätssicherung, denen die Regelungen des Berufszugangs und der Berufsausübung dienen, müssten weiter gewährleistet bleiben. Die gelte auch für die in Deutschland für einige Freie Berufe geltenden Honorarordnungen und Kapitalbindungsvorschriften.

Auch der Bayerische Landtag unterstützt den Bund in seiner Positionierung gegen die EU-Kommission mit mehreren Beschlüssen unter anderem dabei, dass das System der Selbstver-

waltung und der Kammern bei Freien Berufen und Handwerk beizubehalten sind. Der Landtag will mit großer Mehrheit auch am System der Kosten- und Honorarordnung festhalten, weil es »eine qualitativ hochwertige Leistungserbringung zu bezahlbaren Preisen sichert und es damit auch ein Element des Verbraucherschutzes ist. Denn Dumpingpreise schaden der Qualität«, so der Antrag der CSU.

Trotz der deutlichen Kritik des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlamentes gebe es aber, so die SPD-Europaabgeordnete *Evelyn Gebhardt*, in der Kommission unter Präsident *Junker* »keinen Umdenkungsprozess«, sondern ein »weiter so«: »Neue Kommissare kommen und gehen, die Beamten bleiben die gleichen,« sagte Gebhardt auf dem diesjährigen

## Zitat

*»Sofern die Freien Berufe die Chancen der veränderten Wirtschafts- und Sozialstrukturen nutzen, werden sie auch unter diesen Bedingungen ein tragender Pfeiler der mittelständischen Wirtschaft sowie Innovationstreiber bleiben.«*

Birgit Kurz, Geschäftsführerin des Instituts für Freie Berufe

Europatag der Bundeszahnärztekammer und des Bundesverbandes der Freien Berufe (BFB). Auch dort wehrten sich die Freiberufler gegen die Binnenmarktstrategie der Kommission und prognostizierten »fatale Konsequenzen«, wenn die zentralen Elemente des Systems Freier Beruf »geschliffen« würden.

Die Stärken des Systems Freie Berufe sprächen für sich, so der BFB. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Erfolgsgeschichte der Freien Berufe sei auch und gerade ihrem kompromisslos hohen Qualitätsanspruch zu verdanken. Dass die EU-Kommission nun ausgerechnet diesen Kausalzusammenhang in Frage stellen wolle, sei nicht nachvollziehbar. Das Motto »Der Zweck heiligt die Mittel« werde bei den Menschen nicht auf Akzeptanz stoßen. Die EU vernachlässige den Verbraucherschutz, indem sie dem Preiswettbewerb Vorrang vor der Qualitätssicherung gebe und präventive Sicherungssysteme über Bord werfen wolle. Für den Bundesverband steht fest: »Der Abbau berufsrechtlicher Regulierung birgt unkalkulierbare Risiken für die Qualität freiberuflicher Leistungen. Das Nach-

sehen haben Patienten, Mandanten, Klienten und Kunden und somit jeder Verbraucher«, so BFB-Vizepräsident und Präsident der Bundeszahnärztekammer, *Dr. Peter Engel*.

Der Hauptgeschäftsführer der Landes Zahnärztekammer, *Peter Knüpper*, stellt sich die Frage, welche Rolle Studien für die Strategie der EU-Kommission spielen: »Offenbar liest die Kommission daraus ab, dass insbesondere bei unternehmensnahen Dienstleistungen zusätzliche Wachstumseffekte erzielt werden könnten.« Dabei unterstreicht beispielsweise die Studie der Professoren *Martin Henssler* und *Achim Wambach* vom März 2014 zur »Lage der Freien Berufe in ihrer Funktion und Bedeutung für die europäische Zivilgesellschaft«, dass die »Quantifizierung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung der Freien Berufe immer nur eine grobe Annäherung darstellen kann«. Die genannte Studie fordert ausdrücklich, auf nationale Besonderheiten Rücksicht zu nehmen und innerhalb der Grenzen der Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit die jeweiligen Regulierungssysteme autonom fortzuentwickeln, sofern die

Regeln dem Allgemeinwohl zuträglich sind und keine Berufsgruppen zu Lasten Dritter privilegiert werden. Die Autoren bemängeln ausdrücklich, dass bisher durchgeführte Untersuchungen in der Regel nur einen Teilbereich der Fragestellungen beleuchten, »ohne die ökonomischen Überlegungen in einen Bezug zu grundlegenden rechtlichen Fragen zu setzen«. Knüpperschlußfolgert: »Auch Rechtssicherheit und Rechtsfrieden lassen sich nur bedingt quantifizieren. Gleiches gilt für Baukultur und Gebäudesicherheit. Auch der Wert der Gesundheit ist kaum messbar. Vielmehr basieren die meisten Daten zur Volksgesundheit auf Angaben zu Krankheitskosten. Die ökonomische Sichtweise der Kommission allein trifft das Thema also nicht.«

In einer Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu der genannten Studie wird daher darauf hingewiesen, dass Regulierung in Form eines »Eingriffs in die Freiheit der Berufsausübung« durch »ein überwiegendes Gemeinwohlinteresse gerechtfertigt« ist. ●

**Freie Wähler im Landtag teilen viele Positionen des Verbandes Freier Berufe**

## *Gedankenaustausch mit Übereinstimmung*

**Über die Selbstverwaltung der Freien Berufe, die Honorarordnungen, die flächendeckende medizinische Versorgung und die Novellierung des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes haben sich Vertreter der Freien Wähler im Landtag mit dem Verband Freier Berufe in Bayern ausgetauscht. Die Freien Wähler scheinen dabei die Positionen des Verbandes weitgehend zu teilen.**

Der Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes habe zwar erhebliche Schwächen gehabt, die schwerwiegenden Kritikpunkte seien aber allesamt beseitigt worden und das Gesetz nunmehr verabschiedet. Die Freien Wähler nehmen hier für sich in Anspruch, einiges erreicht zu haben.

Beim Entwurf eines neuen Verfassungsschutzgesetzes war man sich einig, dass vor allem die Doppelzuständigkeiten von Verfassungsschutz und Polizei nicht akzeptabel seien. Damit würde der Verband bei den Freien Wählern »offene Türen einrennen«. Insbesondere sei ihnen auch der Schutz der

Berufsheimlichkeitsregeln vor staatlichem Zugriff wichtig.

VFB-Präsident *Dr. Fritz Kemper* berichtete wie bei allen Treffen mit der Politik in den vergangenen Monaten, dass die Strukturen der Freien Berufe seitens der EU massiv angegriffen würden, weil die Freien Berufe mit ihren Berufsordnungen, Gebührenordnungen und berufsrechtlichen Regelungen angeblich gegen den freien Wettbewerb verstoßen. Auch das Fremdbesitzverbot müssten die Freien Berufe vehement verteidigen. Außerdem stehe das System der Selbstverwaltung auf der Abschlusliste der EU-Kommission. Die Freien Wähler setzen sich für den Erhalt des



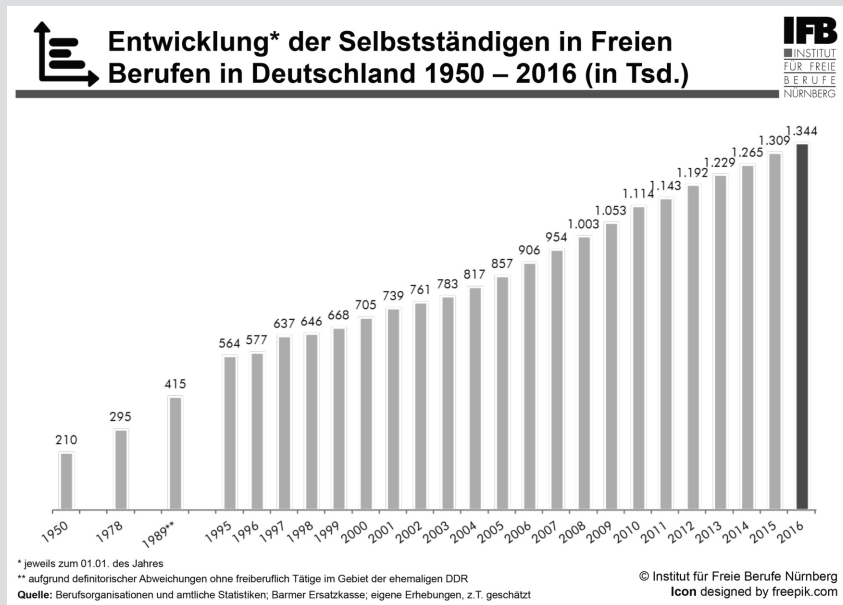
*Das Präsidium des Verbandes Freier Berufe in Bayern besuchte die Landtagsfraktion der Freien Wähler im Maximilianeum zum Gedankenaustausch.*

Kammerwesens ein, sie befürworten auch die Schaffung einer Pflegekammer. Ihr Einsatz gilt vor allem kleinen lokalen Anbietern, die bei einer europaweiten

Ausschreibung nicht mehr zum Zug kommen würden, jedoch oftmals hohe Qualität abliefern, da sie lokal einen Namen zu verlieren hätten. ●

# Vinken: »Freie Berufe bleiben auf dem Wachstumspfad«

Die Zahl der Selbstständigen in den Freien Berufen ist zum Jahresbeginn 2016 auf 1.344.000 angestiegen. Dies ist ein Plus von knapp 2,7 Prozent gegenüber dem Vorjahreswert von 1.309.000. Das hat das Institut für Freie Berufe in Nürnberg (IFB) in seiner aktuellen Statistik zu den Selbstständigen in den Freien Berufen erhoben.



Von den vier Bereichen der Freiberufler sind die technisch-naturwissenschaftlichen Berufe mit einem Plus von rund 4,1 Prozent am stärksten gewachsen. Ihr Wert kletterte von 241.000 auf 251.000 Personen. Mit 3,1 Prozent entfällt die zweithöchste Zunahme auf die rechts-, wirtschafts- und steuerberatenden Berufe, hier ist die Zahl von 354.000 auf 365.000 Personen angestiegen. Die Heilberufe sind um knapp zwei Prozent gewachsen, von 404.000 auf 412.000 Personen. Die Kulturberufe haben um 1,9 Prozent zugelegt, von 310.000 auf 316.000 Personen.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist von 3.080.000 auf 3.195.000 hinaufgegangen – ein Plus von gut 3,7 Prozent. Hinzu kommen rund 122.000 Auszubildende. Es gibt zudem knapp 3,5 Prozent mehr mitarbeitende Familienmitglieder, statt 260.000 sind es nunmehr 269.000 Personen.

In Summe sind 4.930.000 Personen in den Freien Berufen tätig. Gegenüber dem Vorjahreswert von 4.771.000 ein Plus von rund 3,3 Prozent.

Der Präsident des Bundesverbandes Freier Berufe, Dr. Horst Vinken, erklärt dazu: »Die Freien Berufe bleiben auf dem Wachstumspfad. Die weiter wachsende Nachfrage nach freiberuflichen Dienstleistungen zeigt sich in dem Plus von 2,7 Prozent bei der Anzahl der Selbstständigen in den Freien Berufen.« Kein anderer Sektor verkörpere den Strukturwandel hin zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft so offensichtlich wie die Freien Berufe: »Es gibt kaum eine Zukunftsfrage ohne den Adressaten Freier Berufe: Ob Digitalisierung oder demografischer Wandel, die Freien Berufe spezialisieren sich weiter und entwickeln immer neue Lösungen für ihre Patienten, Mandanten, Klienten und Kunden.«

Die Freien Berufe sind zudem Beschäftigungsmotor. Mittlerweile ist jeder zehnte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Mitglied in einem Freiberufler-Team. Insgesamt sind 4.930.000 Personen in den Freien Berufen tätig. Vinken: »Dies ist ein neuer Höchststand, denn die Freien Berufe eilen von Rekordmarke zu Rekordmarke. Umso

## Wirtschaftliche Bedeutung der Freien Berufe

### Die rund 1.344.000 Freiberufler

- erzielen einen Jahresumsatz von rund 388 Milliarden Euro. Sie steuern somit 10,1 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei. 1950 war es 1,0 Prozent und 1991 rund 6,7 Prozent.
- beschäftigen insgesamt rund 3.586.000 Personen.
- sind Arbeitgeber von rund 3.317.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (inklusive Azubis).
- stellen nach Industrie und Handel sowie Handwerk den drittgrößten Ausbildungsbereich. Sie tragen damit maßgeblich zur geringen Jugendarbeitslosigkeit sowie dem hohen Bildungsniveau in Deutschland bei.
- wachsen weiter und sind ein bedeutender Wachstums- und Beschäftigungssektor in Deutschland.
- sind eine wichtige und in ihrer Bedeutung zunehmende Säule der Selbstständigen. Mittlerweile ist fast jeder dritte Selbstständige ein Freiberufler. Vor zehn Jahren war nur jeder Fünfte ein Freiberufler.
- sind häufiger als in anderen Branchen Frauen. Der Anteil der Frauen an den Selbstständigen ist in vielen Freien Berufen deutlich höher als im Durchschnitt der Selbstständigen insgesamt.

weniger nachvollziehbar ist es, dass die Europäische Kommission trotzdem ohne Unterlass an den freiberuflichen Grundfesten rüttelt. Wachstum durch Qualität ist und bleibt der oberste Leitsatz für die Freien Berufe – dies muss auch Europa verstehen. »F« wie Fortschritt. Die Weiterentwicklung der Freien Berufe muss von allen politischen Ebenen konstruktiv begleitet werden.« ●

## Kurz gemeldet

### Mehr Existenzgründungen in den Freien Berufen

● Nach Berechnungen des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM Bonn) entwickelt sich das Gründungsgeschehen im Bereich der Freien Berufe weiter positiv. Bezogen auf das Jahr 2015 ist die Gesamtzahl der freiberuflichen Existenzgründungen im vierten Jahr in Folge um 2,7 Prozent auf 83.300 angestiegen.

Zum Vergleich: Die Zahl der gewerblichen Existenzgründungen hat im Jahr 2015 rund 298.500 betragen. Sie liegt damit um rund 11.300 beziehungsweise 3,7 Prozent niedriger als im Vorjahr – der fünfte Rückgang seit dem Jahr 2011.

### Positiver Ausbildungstrend bei den Freien Berufen

● Das Bundeskabinett hat am 27. April 2016 den Ausbildungsbericht 2016 verabschiedet. Die Erhebung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) hat zum Stichtag 30. September 2015 und damit für das laufende Ausbildungsjahr 2015/2016 ergeben, dass die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge mit gut 522.100 leicht rückläufig ist – das sind 0,2 Prozent weniger Neuverträge als zum Vorjahreszeitpunkt.

Weiter positiv ist die Entwicklung bei den Freien Berufen: Mit insgesamt 43.053 Verträgen halten sie das Vorjahresniveau. Die Zahl der insgesamt unbesetzten Lehrstellen ist erneut gestiegen, die Zahl der unversorgten Bewerber leicht gesunken. Der Anteil der in den Freien Berufen abgeschlossenen Ausbildungsverträge an allen Ausbildungsverträgen liegt bundesweit bei 8,2 Prozent – ein Plus von 0,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Bezogen auf die sieben Ausbildungsbereiche weisen die Freien Berufe mit 92,8 Prozent weiterhin den höchsten relativen Anteil der mit jungen Frauen geschlossenen Verträge auf.

In den Freien Berufen stellen die Auszubildenden mit Neuabschluss mit Realschulabschluss mit 56,4 Prozent den größten Anteil. 27,1 Prozent verfügen über eine Studienberechtigung. Einen Hauptschulabschluss

haben 16 Prozent, 0,6 Prozent haben die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen.

Parallel zum Berufsbildungsbericht erscheint der dazugehörige ausführliche Datenreport. Daraus geht ergänzend hervor, dass der Anteil von Auszubildenden mit ausländischen Wurzeln bei den Freien Berufen im Jahr 2014 gestiegen ist, von 9,8 Prozent im Vorjahr auf 11,4 Prozent. Hier liegen die Freien Berufe mit deutlichem Abstand vorne.

### FVDZ wählt wieder Christian Berger



● Mit nur einer Enthaltung haben die 53 Delegierten des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte (FVDZ) *Christian Berger* zum dritten Mal in Folge zum bayerischen Landesvorsitzenden gewählt. Auch das weitere Vorstandsteam wurde mit überwältigendem Votum wiedergewählt. Stellvertretender Landesvorsitzende sind *Dr. Thomas Sommerer* aus Marktredwitz und *Dr. Herbert Bruckbauer* aus Freising. Als Beisitzer fungieren *Dr. Manfred Albrecht* aus Schillingsfürst, *Dr. Jens Kober* aus München, *Dr. Ingo Lang* aus Schwandorf, *Dr. Jürgen Welsch* aus Hofheim und *Dr. Reiner Zajitschek* aus Döhlau.

Christian Berger, Präsident der Bayerischen Landes Zahnärztekammer, mahnte an, dass die Kammer und die Kassenzahnärztliche Vereinigung nicht einem Selbstzweck dienen dürfen, sondern Dienstleister für die bayerischen Zahnärztinnen und Zahnärzte seien. Der ehemalige bayerische Wissenschaftsminister und frühere Vorsitzende des Verbandes Freier Berufe, *Dr. Wolfgang Heubisch*, hob die Bedeutung des FVDZ Bayern als (standes-)politischer Arm der Zahnärzte hervor und forderte den Verband auf, sich nicht nur in der Gesundheitspolitik aktiv einzumischen, sondern sich auch gesamtgesellschaftlich einzubringen.

### LVS Bayern bestätigt Vorstand

● Der Landesverband Bayern öffentlich bestellter und vereidigter sowie qualifizierter Sachverständiger in Bayern (LVS) hat bei seiner Jahreshauptversammlung den bisherigen Vorstand im Amt bestätigt. Präsident ist damit weiterhin der Dipl.-Ingenieur *Albrecht Mast*, Vizepräsidenten bleiben die Dipl.-Ingenieure *Anna Maria Tuscher-Sauer* und *Dieter Rudat*. Schatzmeister ist auch künftig Franz Auer. Der Verband wählt den Vorstand alle drei Jahre, unterstützt wird er von weiteren Vorstandsmitgliedern, dem erweiterten Vorstand. Dem Vorstand steht außerdem beratend der Beirat zur Seite, der sich aus den Vorsitzenden der Fachbereiche und den Vorsitzenden der Bezirke zusammensetzt.

### Anwaltskammer München bestätigt Präsidium

● Das Präsidium der Rechtsanwaltskammer München ist in seiner bisherigen Besetzung bestätigt worden. Präsident bleibt der Rechtsanwalt *Michael Then*, erster Vizepräsident der Rechtsanwalt *Dr. Thomas Weckbach*. Weitere Vizepräsidenten sind die Rechtsanwältinnen *Gabriele Loewenfeld* und *Dr. Thomas Kuhn*. Schriftführer in der Funktion eines Vizepräsidenten bleibt der Rechtsanwalt *Andreas von Máriaßy*, ebenso wie der Rechtsanwalt *Rolf Pohlmann* als Schatzmeister und Vizepräsident.

## Termin

● Die Delegiertenversammlung 2016 des Verbandes Freier Berufe in Bayern findet am 14. November im Ärztehaus München in der Mühlbauerstraße 16 in 81677 München statt. Dabei stehen Präsidiums- und Präsidentenwahl an. Festrednerin auf der anschließenden öffentlichen Veranstaltung ist die bayerische Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie sowie Stellvertretende Ministerpräsidentin, *Ilse Aigner*.

### Impressum

Ausgabe 3, 17. Jahrgang  
ISSN 1438-9320

Herausgeber:  
Verband Freier Berufe  
in Bayern e.V.

Türkenstraße 55  
80799 München  
Telefon 089 2723-424

Fax 089 2723-413  
info@freieberufe-bayern.de  
www.freieberufe-bayern.de

Gestaltungskonzept, Layout:

engelhardt  
atelier für gestaltung,  
Mülldorf a. Inn

Erscheinungsweise:  
vierteljährlich